

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Stephan Bothe (AfD)

Vorfall im Göttinger Rathaus vom 16. Mai 2024

Anfrage des Abgeordneten Stephan Bothe (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 28.05.2024

Unter anderem der NDR berichtet¹ über einen Vorfall vom 16. Mai 2024, bei dem sich etwa 20 „Demonstranten“ Zutritt zu Büros im Göttinger Rathaus verschafft haben. Dort seien Mitarbeiter „bedroht, massiv beleidigt und eingeschüchtert worden“. Teilweise seien Schränke geöffnet worden. Zu der Tat bekannten sich Gruppen, die sich „Basisdemokratische Linke“ und „Klimaschutz-Bündnis Ende Gelände“ nennen und vom Verfassungsschutz als linksextremistisch² bzw. linksextremistisch beeinflusst³ eingeordnet werden, sowie die Jugendorganisation der Partei die Linke, die sogenannte „Linksjugend Niedersachsen“. Eigenen Angaben zufolge hätten sie „eine antirassistische Inspektion im Rathaus durchgeführt“. Nach Angaben der Oberbürgermeisterin seien die Rathausmitarbeiter während der Aktion aus ihren Büros gedrängt worden.

Der Tat vorausgegangen ist ein Polizeieinsatz in einem Wohnkomplex in der Groner Landstraße, der als Brennpunkt-Hochhaus gilt. Auslöser des Einsatzes ist ein Streit von 60 bis 70 Personen gewesen, nachdem zwei Frauen von einer weiteren mit einem Messer bedroht wurde.

1. Zu den beteiligten Gruppierungen:
 - a) Was weiß die Landesregierung über die an der Tat beteiligten Gruppierungen?
 - b) Wie viele Mitglieder haben diese?
 - c) Sind sie dem Verfassungsschutz Niedersachsen bekannt?
 - d) Welche Maßnahmen wurden bislang ergriffen, um von diesen Gruppierungen ausgehenden kriminellen Aktivitäten zu verhindern?
 - e) Wie hat sich der Einfluss von Linksextremisten auf die Klimabewegung entwickelt?
 - f) Sind Mitglieder der Gruppen bislang strafrechtlich in Erscheinung getreten? Falls ja, welche Taten werden ihnen zugerechnet?
2. Gibt es neben der Linksjugend Niedersachsen weitere Gruppierungen, die einer politischen Partei zugeordnet werden und an der Tat beteiligt waren oder mit dieser den beteiligten Gruppen in irgendeiner Weise in Verbindung stehen? Falls ja, welche und wie waren sie beteiligt bzw. welche Verbindung haben sie zu den Gruppen?
3. Sind der Landesregierung Vorfälle vergleichbarer Art durch politische Gruppierungen bekannt? Falls ja, wird um Darstellung der Fälle gebeten?
4. Hatten die Sicherheitsbehörden von der geplanten Aktion Kenntnis? Falls nein, warum nicht? Werden niedersächsische Sicherheitsbehörden ihre Bemühungen intensivieren, linksextremistische Gruppierungen, die Behörden und damit den Staat angreifen, aufzuklären?
5. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung ggf. aus den Vorkommnissen?

¹ https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Demonstration-in-Goettinger-Rathaus-Stadt-erstattet-Anzeige,rathaus984.html

² vgl. Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2022, S. 154

³ ebenda, S. 159

6. Wie wurden die Mitarbeiter eingeschüchtert und bedrängt? Kam es zu tätlichen Angriffen? Wie viele Mitarbeiter wurden ggf. angegriffen und welche Verletzungen trugen sie ggf. davon?
7. Welche Maßnahmen wurden bzw. werden zum Schutz der Mitarbeiter ergriffen?
8. Was machten die Extremisten und weiteren eindringenden Personen in den Büros? Hatten sie Zugang zu Materialien, Unterlagen oder sensiblen Daten und wurden diese entwendet? Es wird um eine genaue Auflistung der gegebenenfalls beschädigten oder entwendeten Sachen gebeten.
9. Wegen welchen Tatverdachts ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen jeweils wie viele Beschuldigte?
10. Wurden bislang Tatverdächtige ermittelt? Falls ja, wie viele und was wird ihnen vorgeworfen?
11. Zu welchen Vorfällen ist es seit Jahresbeginn in dem Wohnkomplex in der Groner Landstraße gekommen? Bitte aufschlüsseln nach Tatvorwurf, Datum und Kurzbeschreibung der Geschehnisse.
12. Wie viele Tatverdächtige sind in diesem Zusammenhang festgenommen worden? Es wird um Aufschlüsselung nach Anzahl, Tatverdacht, Staatsangehörigkeit (bei Mehrfachstaaten bitte sämtliche Staatsangehörigkeiten angeben) und Aufenthaltsstatus gebeten.
13. Welche Nationalitäten leben in dem Wohnkomplex? Es wird um Aufschlüsselung nach Anzahl und Nationalität gebeten.
14. Wurden Maßnahmen ergriffen, um die Zustände in dem Wohnkomplex zu verbessern? Falls ja, welche?
15. Die sozialdemokratische Regierung Dänemarks hat einen sogenannten „Ghetto-Plan“ übernommen und erweitert, der in erkannten Brennpunktgebieten verschiedene Maßnahmen vom verpflichtendem Kindergartenbesuch über härtere Strafen für Vandalismus und Diebstahl bis hin zur Umsiedlung der Bewohner vorsieht. Hält die ebenfalls sozialdemokratisch geführte Landesregierung ähnliche Maßnahmen für Niedersachsen für denkbar, und wird sie gegebenenfalls daran arbeiten bzw. sich dafür einsetzen, die rechtlichen Voraussetzung für entsprechende Maßnahmen zu schaffen? Falls nein, wie will sie die Lage in Brennpunktvierteln verbessern?